

AfD. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Dann ist auch dieser Antrag bei Nichtteilnahme des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2032**, Antragsteller ist die FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen der FDP, der AfD und der SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist auch dieser Antrag bei Nichtteilnahme des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2033 – Neudruck –**, Antragsteller ist die FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen der FDP und der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der SPD. Dann ist auch dieser Antrag **abgelehnt** bei Nichtteilnahme des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex.

Wir kommen somit zur Abstimmung über den Einzelplan 03, und zwar über den Einzelplan 03 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FDP und der AfD. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Damit ist der **Einzelplan 03 in zweiter Lesung** bei Nichtteilnahme des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **angenommen**.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir kommen somit zu:

Einzelplan 15 Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in der Drucksache 18/1915 und die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan jeweils aufgeführten Änderungsanträge hin.

Wir unterteilen auch diese Beratung in zwei Punkte und kommen zu:

a) Landwirtschaft

Ich eröffne an dieser Stelle die Aussprache hierzu und erteile Frau Kollegin Kahle-Hausmann von der SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall von der SPD – Jochen Ott [SPD]:
Bravo!)

Julia Kahle-Hausmann (SPD): Das ist ein Empfang. – Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Frau Ministerin bzw. sehr geehrter Herr Staatssekretär! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen“ – so heißt der Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün. Gerade im Bereich Land- und Forstwirtschaft heißt das, wir müssen in die Zukunft investieren, und viele Herausforderungen, wie wir heute immer wieder gehört haben, werden uns erwarten. Die Frage ist allerdings: Ist das der Haushalt, der es Landwirten und Waldbauern ermöglicht, diese Herausforderungen zu meistern, um die Zukunft zu gestalten? Ich habe die Befürchtung, das ist er nicht.

Sie setzen auf altbekannte Mittel. Es sind viele gute Ansätze – keine Frage –, aber die Lage verschlechtert und verschlimmert sich, und es finden sich keine neuen Ideen. Und wie wir heute schon oft gehört haben, ist das Verfahren auch hier leider sehr intransparent und chaotisch.

(Beifall von der SPD)

Ein paar kleine Beispiele: Im Ausschuss schon ein Treppenwitz ist meine Frage nach dem groß angekündigten bäuerlichen Sofortprogramm. Bisher gehen wir als Opposition nach mehrmaliger Nachfrage von 5 Millionen Euro aus, die – Zitat – „aufgetrieben“ wurden. Das ist nicht der Level an Klarheit und vor allen Dingen Planungssicherheit, den wir von einer Landesregierung in einer Haushaltsberatung erwarten.

(Beifall von der SPD)

Thema „Düngeverordnung“. Das ist zwar Umweltschutz, aber betrifft auch die Landwirtschaft. Im Koalitionsvertrag werden groß mehr Messstellen angekündigt, um rote Gebiete zu verkleinern. So suggerieren Sie allen Landwirten landauf, landab abgesehen davon, dass Sie am Ende vermutlich nur mehr rote Messstellen haben, auch hier Kürzungen. Zumindest gehen wir davon aus. Denn Sie konnten oder wollten uns im Ausschuss nicht sagen, ob da mehr oder weniger steht.

Bei der Nutztierhaltungsstrategie verzeichnen wir einen Mittelaufwuchs. Das ist an sich gut. Wir müssen mehr in eine tierwohlgerechte Haltung investieren, um vor allem unsere Landwirtschaft beim Umbau hin zu artgerechter Haltung zu unterstützen.

Sie sprechen von einem Sofortprogramm zur Förderung tierfreundlicher Außenklimaställe. Aber dummerweise stellt sich heraus, sowohl der Mittelaufwuchs als auch das Sofortprogramm sind der immerwährende „Stall der Zukunft“, der bereits seit Jahren nicht vorwärtskommt.

Mit Blick auf die Forstwirtschaft sind wir gerade bei Wald und Holz NRW ein wenig enttäuscht. Der Waldumbau ist eine wahnsinnige Generationenaufgabe, und wir wissen alle, dass viele Mitarbeiter des Landesbetriebs überlastet sind. Hier wird schlichtweg zu wenig investiert. Wir werden aber gut ausgebildete Fachkräfte in der Fläche brauchen, um den Waldumbau zu stemmen, und die brauchen wir schon jetzt und nicht erst in mehreren Jahren.

Außerdem haben wir nach den ersten Anzeichen für ein waldökologisches Hochschulinstitut gesucht. Aber auch hierzu sind keine haushalterischen Posten zu finden. Absolute Fehlanzeige!

Noch ein Punkt: ländliche Räume. Eine immer wieder vorgestellte Maßnahme ist LEADER. Ja, LEADER ist toll; keine Frage. Das klappt auch. Aber es fehlt eine kohärente Gesamtstrategie in NRW, die weitergeht, als immer nur neue LEADER-Regionen aufzurufen.

Außerdem erwähne ich die Kürzung des Dorferneuerungsprogramms um 22 Millionen Euro durch Wegfall der Sonderförderung der Feuerwehrhäuser. Das finde ich persönlich sehr schade. Denn jeder, der gerade mit der Freiwilligen Feuerwehr zu tun hat, egal, ob Stadt oder Land, weiß, dass es auch für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt eine Menge bringt und hier tatsächlich am wenigsten gespart werden sollte.

(Beifall von der SPD)

Zusammengefasst: Wir wissen, es sind harte Zeiten. Wir wissen um die vielen Krisen, und wir wissen, dass die vor keinem Haushaltsplan Halt machen. Dennoch ist uns bewusst, dass uns bereits in der Landwirtschaft und im Forst der Kittel brennt. Deshalb hätten wir uns gerade im Angesicht der vielen Herausforderungen gefreut, ein bisschen weniger „Weiter so!“ und ein bisschen mehr Zukunftsmusik auch im Haushalt zu sehen.

Ich hoffe, dass wir in den nächsten Wochen im Ausschuss hier noch konstruktiv nachbessern können. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Kahle-Hausmann. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Höner.

Markus Höner (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landwirtschaft erzeugt unsere Lebensmittel. Sie ist Wirtschaftsfaktor, Arbeitgeber und prägend für unseren ländlichen Raum.

Insbesondere und gerade in der jetzigen krisengeschüttelten Zeit müssen wir unsere Landwirtschaft bestmöglich unterstützen. Die Stärkung der Land-

wirtschaft ist eine unsere größten Aufgaben gerade zur Sicherung unserer Ernährungssicherheit. So ist es nur recht, dass der Bereich Landwirtschaft mit rund 479 Millionen Euro der größte Etat im Ministerium ist. Rund 92 Millionen Euro sind veranschlagt für die umweltgerechte Flächenbewirtschaftung. Stichworte sind hier zum Beispiel der ökologische Landbau und die Agrarumweltmaßnahmen.

Dazu passt auch ein weiteres Stichwort: die Vermarktung regionaler Produkte. Hier setzt die Landesregierung rund 3,5 Millionen Euro zur Absatzförderung nordrhein-westfälischer Agrarprodukte und zur Förderung regionaler Vermarktungsstrukturen an.

Nordrhein-Westfalen ist Landwirtschaftsland. Fast 50 % der Fläche werden landwirtschaftlich genutzt und bieten in diesem Sektor rund 120.000 Menschen in unserem Bundesland einen Arbeitsplatz.

(Beifall von der CDU, Dr. Gregor Kaiser [GRÜNE] und Dr. Volkhard Wille [GRÜNE])

Diese Menschen tragen Tag für Tag Verantwortung für unsere Ernährungssicherheit. Sie tragen auch Verantwortung für das Tierwohl und die Gesundheit der Tiere in unserer Nutztierhaltung.

Auch wir als Zukunftscoalition haben eine übergeordnete Verantwortung bei der Tierhaltung. Im Haushalt ist ein Landesanteil von rund 4,2 Millionen Euro für Maßnahmen zur Tierseuchenprävention eingeplant. Neben der Bereitstellung finanzieller Hilfen ist es gut, dass das Ministerium jüngst eine gemeinsame Vereinbarung über eine erweiterte Präventionsmaßnahme zur Verhinderung der Weiterverbreitung der Geflügelpest beschlossen hat.

Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung erwirtschaftet mit knapp 4,2 Milliarden Euro die Hälfte des Produktionswerts der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. In einer Projektgruppe „Nutztierstrategie“ sollen im Ministerium praxisorientierte Methoden zur Weiterentwicklung der Nutztierhaltung entwickelt werden.

Gerne möchte ich hier auch ein konkretes Projekt anführen, für das im März dieses Jahres der erste Spatenstich erfolgte: der Stall der Zukunft für Mast Schweine auf dem Gelände von Haus Düsse. Er soll zeigen, wie nachhaltige Nutztierhaltung auch unter Umweltgesichtspunkten funktionieren kann. Dies hat unsere volle Unterstützung.

Unsere volle Unterstützung hat auch der ländliche Raum. Die Förderung der Dorferneuerung und der Strukturentwicklung sind wichtige Instrumente für die Entwicklung der ländlichen Räume und zur Schaffung lebendiger Dörfer und Kommunen.

Aus demselben Grund treiben wir auch LEADER weiter voran. Hier entscheiden die Menschen vor Ort selbst, wie die zukünftige Entwicklung der Region aussieht und welche Projekte umgesetzt werden. Mit

Beginn der neuen Förderperiode zum 1. Januar 2023 bauen wir LEADER zu einem zentralen Baustein der ländlichen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen weiter aus. Die Ausweitung des LEADER-Ansatzes auf 45 Regionen und ein Fördervolumen von 115 Millionen Euro sprechen für sich.

(Beifall von der CDU und Dr. Gregor Kaiser [GRÜNE])

Dem Bereich „Forsten, Holzwirtschaft und Jagd“ kommt eine größere Bedeutung zu. In Anbetracht von rund 130.000 ha Schadfläche im Wald infolge von Schädlingsbefall, Dürreperioden und Waldbränden stehen wir vor der großen Herausforderung einer verantwortungsvollen Wiederbewaldung.

Im Jahr 2023 möchte das Land Nordrhein-Westfalen rund 70 Millionen Euro Fördergelder für Forst- und Holzwirtschaft zur Verfügung stellen. 26 Millionen Euro Förderung entfallen auf den Privatwald. Darin ist auch das Sofortprogramm zur Strukturunterstützung der forstlichen Zusammenschlüsse enthalten. 24 Millionen Euro im Rahmen der „Schmallenberger Erklärung“ bedeuten Geld für die Wiederbewaldung der Kalamitätsflächen. 3 Millionen Euro stehen für die Waldbrandprävention – Löschteiche, Waldbrandschutzstreifen, Walderschließung und kameragestützte Waldbrandfernüberwachung – zur Verfügung.

Insgesamt liegt Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ein der aktuellen Situation angemessener Haushalt in diesem Bereich vor. Die CDU wird diesem selbstverständlich zustimmen. Dieses Votum möchte ich Ihnen gerne weiterempfehlen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Höner. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Brockes.

Dietmar Brockes* (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 15 spiegelt aktuelle Herausforderungen und neue Belastungen leider nicht wider. Wir müssen bessere Rahmenbedingungen für unsere Landwirtinnen und Landwirte in Nordrhein-Westfalen schaffen.

Unsere heimische Landwirtschaft versorgt unsere Bürgerinnen und Bürger mit hochwertigen Lebensmitteln. Hinzu kommt, dass eine starke Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen auch die hier angesiedelten vor- und nachgelagerten Industrien stärkt.

Landwirte brauchen Planungssicherheit. Deshalb brauchen wir ein beschleunigtes Genehmigungsverfahren für den Bau von offenen Stallsystemen. Wir brauchen eine Öffnungsklausel für Tierwohlställe im

Baurecht. Frau Bauministerin, ich freue mich auf Ihre Ausführungen gleich.

Wir stehen vor vielen Herausforderungen. All diese Herausforderungen bildet der Einzelplan 15 nicht ab.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Ministerpräsident Wüst hat in seiner Regierungserklärung angekündigt, ein Sofortprogramm für bäuerliche Familienbetriebe auf den Weg zu bringen. Dieses Sofortprogramm findet sich allerdings in keinem Titel des Einzelplans dieses aktuellen Haushalts wieder. Das Sofortprogramm sollte auf Basis von bereiten Mitteln erfolgen. Was das bedeutet, wissen wir alle. Ob, wann und in welcher Höhe ein Sofortprogramm aufgelegt wird, steht offenbar nach wie vor in den Sternen. Aus meiner Sicht ist es daher kein Sofortprogramm.

Um die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen zukunftssicherer aufzustellen, braucht es zusätzliche Mittel für die stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe, für tiergerechte Haltungsverfahren sowie für die umweltverträgliche Ausbringung und Lagerung von Gülle. Der mit der Förderung von Agrarumweltmaßnahmen verbundene Mittelbedarf übersteigt die für die künftige EU-Förderperiode 2023 bis 2027 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Das bedeutet für die Landwirte, dass für die Anlage von Buntbrachen und Uferrandstreifen maximal 3 ha pro Antrag bewilligt werden können. Artenschutz in der Agrarlandschaft braucht aber ökonomische Anreize. Hier müssen mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Um auch etwas Positives auszuführen: Die FDP-Fraktion hatte in der vergangenen Legislaturperiode die Enquetekommission „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe.“ einberufen. In den Beratungen haben wir überfraktionell einen Fahrplan erarbeitet, wie die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen zukunftssicher und nachhaltig aufgestellt werden kann. Ich würde es mir sehr wünschen, wenn wir mit den demokratischen Fraktionen auch in dieser Legislaturperiode an das Thema herangehen und diese 165 Handlungsempfehlungen auf den Weg bringen würden.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Dem Einzelplan „Landwirtschaft“ können wir aber leider nicht unsere Zustimmung geben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Abgeordnete Dr. Kaiser.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Der neue Einzelplan 15 des Ministeriums für Landwirtschaft und Verbraucherschutz umfasst ungefähr 783 Millionen Euro und ist somit einer der kleineren Etats, die heute zur Debatte stehen. Er beinhaltet über 50 Millionen Euro für den Verbraucherschutz, rund 300 Millionen für die Landwirtschaft sowie rund 131 Millionen Euro für den Bereich „Wald“.

Lassen Sie mich zu dem letztgenannten Bereich noch ein bisschen weiter ausführen, denn zu den Themen „Verbraucherschutz“ und „Landwirtschaft“ haben die Kollegen Höner, Rüße und Peill schon einiges gesagt bzw. werden dies im Nachgang noch tun.

Wir werden hier auch morgen früh, in gut elf Stunden, noch eine inhaltliche Debatte im Rahmen der Aktuellen Stunde zum Thema „Wald“ führen. Das ist auch gut so, denn der Wald ist eine unserer wichtigsten Lebensgrundlagen. Er ist hochgradig vernetzt, wichtig für Sauerstoffproduktion, Lärm- und Erosionsschutz, Holz, Wasserreservoir, Erholung und last, not least Artenvielfalt bzw. biologische Vielfalt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Der Schutz der Vielfalt und auch deren Wiederherstellung sind wichtige Aufgaben des Staates und auch aller seiner Bürgerinnen und Bürger. Es ist mir gerade heute wichtig, dies zu erwähnen, denn vor wenigen Stunden ist die COP 15 gestartet, die Vertragsstaatenkonferenz zur Konvention über die biologische Vielfalt. Kollege Wille und Minister Krischer haben es vorhin schon angesprochen. Im kanadischen Montreal entscheidet sich, ob es der Menschheit gelingen wird, die Biodiversitätskrise entscheidend zu bekämpfen.

Wir hier in NRW legen auch mit unseren Haushaltsansätzen im Bereich „Wald“ Grundlagen dafür, sei es durch Mittel für zusätzliche Wildnisgebiete oder, wie ich es auch formulieren würde, für Referenzflächen für natürliche Waldentwicklung. Denn diese brauchen wir, um die Vielfalt der Baumarten wieder ins Land zu bekommen. Wir brauchen Wildnisflächen aber auch, um eben jene internationale Verpflichtungen zu erfüllen, denen die Bundesregierung und auch die Länder zugestimmt haben, und für die biologische Vielfalt, auch die der Pilze, Bodenlebewesen und Insekten.

Wir unterstützen die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer mit einem Sofortprogramm für die forstlichen Zusammenschlüsse, welches wir vor wenigen Wochen hier beschlossen haben. Damit können sich diese wieder um ihren Wald und auch um die Vielfalt im Wald kümmern und gehen nicht in formalisierten Geschäftsführungstätigkeiten unter.

Auch mit den Verbissgutachten unterstützen wir die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer, fördern damit aber zugleich die biologische Vielfalt. Denn es zeigt sich, dass der zu hohe Rehwildbestand in vielen Regionen unseres Landes ein begrenzender Faktor sowohl für eine natürliche Waldentwicklung als auch für die wiederaufgeforsteten und gegebenenfalls mit Steuergeldern finanzierten Jugendpflanzen ist. Mit den Gutachten kann dies dann vor Ort belegt und es kann entsprechend gegengesteuert werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Nicht zuletzt sorgen wir mit vielen Millionen Euro im Rahmen der GAP und der Schmallenberger Erklärung für eine Unterstützung der privaten und kommunalen Waldbesitzerinnen. Somit wird das Land seiner Aufgabe, sich für den Wald einzusetzen, den Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern in den Zeiten größter Umbrüche zur Seite zu stehen und auch einen handlungsfähigen Landesbetrieb zu unterhalten, voll gerecht.

Nun aber doch noch einmal zur Landwirtschaft. Diese steht heute vor großen Herausforderungen. Das ist schon angesprochen worden. Vor allem die Dürren der vergangenen Jahre und somit der Klimawandel mit all seinen massiven Auswirkungen sowie seit Frühjahr dieses Jahres der Krieg Russlands gegen die Ukraine bestimmen viele der agrarpolitischen Debatten. Die Weichen, die auf Bundesebene im Sinne einer notwendigen Veränderung der Landwirtschaft diskutiert werden – Stichworte: „Tierhaltungskennzeichnung“, „Borchert-Kommission“, „Zukunftskommission“ –, gehen in die richtige Richtung.

In der vergangenen Legislatur hat der Landtag NRW bereits mit einer Enquetekommission zur Landwirtschaft – Kollege Brockes hat es vorhin angesprochen – einen umfassenden Katalog mit Maßnahmen erarbeitet und vorgelegt, von denen wir einen nicht unerheblichen Teil in den Koalitionsvertrag aufgenommen haben und umsetzen werden. Zu erwähnen sind hier zum Beispiel die Strategie zur Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln inklusive Beratung und Förderung für die Landwirte, der Schutz landwirtschaftlicher Flächen als nicht vermehrbare Gut, ein bürokratiearmes Sofortprogramm zur Unterstützung der bäuerlichen Familienbetriebe, aber auch eine Stärkung der Landestierschutzbeauftragten oder auch eine Verbesserung der Haltung von Nutztieren im Rahmen einer Nutztierhaltungsstrategie. Für alle diese Punkte und noch einiges mehr haben wir Mittel im Haushalt vorgesehen.

In diesen Zeiten multipler Krisen einen Haushalt aufzustellen, ist keine einfache Herausforderung. Aber wir lassen weder die Bäuerinnen und Bauern noch die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer im Stich. Wir stimmen diesem Einzelplan zu. – Herzlichen Dank

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Dr. Kaiser. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Schalley.

Zacharias Schalley (AfD): Herr Präsident! Werte Damen und Herren! In NRW gibt es ca. 34.000 landwirtschaftliche Betriebe. Deren Anzahl sinkt. In den vergangenen Jahren haben bereits über 27.000 aufgegeben. Das Höfesterben ist eine Grundkonstante der NRW-Agrarpolitik.

(Zuruf von Bianca Winkelmann [CDU])

Gleichzeitig werden in NRW jeden Tag knapp 6 ha für Verkehr und Siedlungen in Anspruch genommen. Das kann nicht funktionieren. Entweder man betreibt eine intensive Landwirtschaft auf wenig Raum und kann so Flächen der Natur überlassen, oder man extensiviert die Bewirtschaftung, muss dann aber mehr Fläche nutzen, um den gleichen Ertrag zu erhalten. Doch Sie betreiben die Extensivierung auf einer kleiner werdenden Fläche. Sie wollen die Quadratur des Kreises.

(Widerspruch von Bianca Winkelmann [CDU])

In unserem Antrag über die Vielfachkrisen in der Landwirtschaft vom 23. August haben wir auf die wichtigsten Herausforderungen für die Landesregierung hingewiesen. Doch anstatt unsere Warnung ernst zu nehmen, wurde der Antrag wie üblich schlechtgeredet.

Wo stehen wir jetzt? Die Landesregierung hat die Krise durch die neue Düngeverordnung noch einmal verschärft. Sie haben Krokodilstränen geweint, aber keine Kritik an den realitätsfernen Vorgaben der EU geübt. Die jetzige Regelung bedeutet eine Kollektivhaftung für unsere Bauern. Wenn eine Messstation hohe Nitratwerte im Grundwasser verzeichnet, werden alle Landwirte im Einzugsgebiet der Messstation rechtlich dazu gezwungen, pauschal weniger zu düngen. Versetzen Sie sich doch einmal in die Lage eines Bauern. Wie soll der bitte darlegen können, dass das Nitrat im Grundwasser nicht ursächlich auf ihn zurückzuführen ist? Hier scheint sogar die Erbschuld zu gelten, denn je nach Bodenbeschaffenheit dauert es Jahre, bis etwas ins Grundwasser gesickert ist und zu erhöhten Nitratwerten führt.

Bei der Düngung gibt es nichts, worauf sich unsere Bauern verlassen können. Jedes Jahr wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben. Die Agrarpolitik als verlässlicher Partner für die Landwirtschaft: Fehlangeize. Immer wieder neue Verordnungen und immer wieder neue Vorschriften.

Die NRW-Erntebilanz dieses Jahres hat schon gezeigt, was die Folgen der politischen Regulierungswut sind: Anstatt sich am Bedarf der Kulturpflanze zu orientieren, werden die Pflanzen unterhalb ihres ökologischen Optimums gedüngt. Laut der Erntebilanz hat insbesondere der Weizen häufig seinen Protein-

gehalt nicht erreicht. Weizen aus NRW konnte deswegen teilweise nicht als Brotweizen höchster Qualität verkauft werden. Die vermeintliche Lösung: Auslandsimporte zum Panschen.

Wir legen Haushaltsänderungsanträge vor, die einen Ausweg aufzeigen: Wir wollen die Zuschüsse zur Absatzförderung land- und ernährungswirtschaftlicher Erzeugnisse fördern. Eine Agrarpolitik mit Heimatbezug stellt die Erzeuger und Verbraucher in den Mittelpunkt und eröffnet mehr Wege der Direktvermarktung. Das Land muss mit daran arbeiten, den Selbstversorgungsgrad zu erhöhen. Landwirtschaftliche Produkte, hergestellt und verarbeitet hier bei uns in NRW, müssen als Marke noch viel stärker nach vorne gebracht werden.

Schlussendlich halten wir die Kürzung des Baransatzes für einzelbetriebliche Maßnahmen in der Titelgruppe 67 für einen schweren Fehler. Sie kürzen um fast 3 Millionen Euro den Haushaltsposten, der einen so großen Beitrag für den agrarwirtschaftlichen Wasser- und Bodenschutz, für die Verbesserung der stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe, zur Entwicklung agrarumweltbezogener Maßnahmen, zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig sowie für zielgerichtete Projektförderung leistet.

Warum kürzen Sie hier? Um Geld aufzutreiben für Ihre Prestigeprojekte wie Nutztierstrategie oder dergleichen? Sie sparen aber an der falschen Stelle. Da machen wir nicht mit, das lehnen wir ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Für die Landesregierung spricht jetzt Ministerin Scharrenbach in Vertretung für die Ministerin Gorißen.

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ernährungssicherheit und Versorgungssicherheit sind angesichts der weltpolitischen Lage und des Klimawandels stärker denn je in das Bewusstsein der Menschen gerückt – in Nordrhein-Westfalen wie in allen anderen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland auch.

Daher wollen CDU und Bündnis 90/Die Grünen eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft, die diesen Herausforderungen begegnen kann, und zwar im Einklang mit Natur und Umwelt. Der Abgeordnete Höne hat bereits darauf hingewiesen, dass im Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurf mit rund 479 Millionen Euro die Landwirtschaft den größten Etat im Ministerium darstellt. Dazu zählen auch 92 Millionen Euro, die für die zukunftsfähige Landbewirtschaftung, den ökologischen Landbau oder verschiedene Agrarumweltmaßnahmen

zur Verfügung stehen, denn Nordrhein-Westfalen ist Agrarland, und das soll auch so bleiben.

Es ist die Aufgabe der Landesregierung, Landwirtinnen und Landwirten, Bäuerinnen und Bauern zu signalisieren, dass Nordrhein-Westfalen an ihrer Seite steht. Wir werden die Vermarktung regionaler Lebensmittel noch stärker fördern und setzen dazu rund 3,5 Millionen Euro ein.

In diesem Jahr hat – das wissen alle Beteiligten – die extreme Dürre viele Landwirtinnen und Landwirte, aber eben auch Bäuerinnen und Bauern um ihre Ernte bangen lassen. Hier werden wir gezielt unterstützen und Anreize schaffen müssen. Aus diesem Grund stellen CDU und Bündnis 90/Die Grünen 2023 Mittel in Höhe von insgesamt 5,8 Millionen Euro zur Verfügung, insbesondere zum Abschluss von sogenannten Mehrgefahrenversicherungen.

Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung erwirtschaftet die Hälfte des Produktionswerts und trägt damit natürlich auch Verantwortung für das Tierwohl. Das ist gerade schon angeklungen. Kollege Brockes hat das angemerkt; darauf komme ich gleich gerne als zuständige Ministerin für das Bauen zurück. CDU und Grüne werden insofern den Umbau der Nutztierhaltung auf Grundlage der Vorschläge der Borchert-Kommission vorantreiben. Hierfür werden und sollen 5,1 Millionen Euro bereitgestellt werden.

Auch der Bürokratieabbau spielt eine große Rolle. Zur Umsetzung dieser wichtigen Maßnahmen werden rund 2,8 Millionen Euro vorbehaltlich der Beschlussfassung des Landtags zur Verfügung gestellt werden.

Der Tierschutz soll gestärkt, die Bedingungen für alle Tiere in Nordrhein-Westfalen verbessert und unnötiges Tierleid verhindert werden. Neben der steigenden Förderung von Tierheimen werden CDU und Bündnis 90/Die Grünen den Beitrag dazu leisten, auch Förderungen für Wildtier- und Greifvögelauffangstationen zu implementieren.

Im Hinblick auf den vom Kollegen Brockes angemeldeten Diskussionsbedarf zum Stall der Zukunft – so darf ich es formulieren – habe ich vernommen, dass es weniger an der Bauseite liegt als an der Umweltseite selbst; insofern gebe ich das gerne zurück. Ich habe als Bauministerin ein großes Interesse daran, dass wir Ställe der Zukunft genehmigen können – ob das bauplanungsrechtlich oder bauordnungsrechtlich ist. Ich bin da sehr sportlich unterwegs, weil ich weiß, dass es für viele Landwirte darauf ankommt, dass sie überhaupt in eine Zukunft kommen. Dazu gehört eben auch, dass bundesimmissionsschutzrechtliche Fragestellungen einer Klärung zugeführt werden. Die entziehen sich meiner Zuständigkeit als Bauministerin, die entziehen sich auch der Zuständigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen und hängen insofern von den Regularien auf Bundesebene ab.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Kommen wir zu den Tierseuchen, ein mehr als relevanter Bereich für den vorliegenden Haushalt. Die Vermeidung und Bekämpfung von Tierseuchen ist eine Aufgabe, der sich CDU und Bündnis 90/Die Grünen in Zukunft verstärkt widmen wollen und für die im Haushalt ein Landesanteil von rund 4,2 Millionen Euro vorgesehen ist. Für die Erstattung von Entschädigungen bei Tierverlusten durch Seuchen werden im Landeshaushalt 2023 rund 900.000 Euro eingeplant.

Angesichts von rund 135.000 ha Schadfläche im Wald auch infolge des Klimawandels steht die Landesregierung vor der großen Herausforderung der Wiederbewaldung, denn wir benötigen einen klimaresilienten, einen klimastabilen Mischwald. Aus diesem Grund stehen im kommenden Haushaltsjahr Haushaltsmittel im Umfang von gut 24,2 Millionen Euro aus dem jetzt in der Beratung befindlichen Einzelat zur Förderung von Maßnahmen nach der Förderrichtlinie Extremwetterfolgen zur Verfügung. Ich darf darauf hinweisen – auch das ist heute schon im Laufe der Plenarberatung zu den Einzelplänen angeklungen –, dass auch im Gemeindefinanzierungsgesetz entsprechende Maßnahmen angelegt sind.

Auch Waldbrand und Waldprävention stehen im Fokus der Landesregierung und der regierungstragenden Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Deshalb werden im Besonderen präventive Maßnahmen wie unter anderem der Ausbau von Wasserentnahmestellen und die Instandsetzung von Wegen gefördert. Insgesamt sollen hierfür für das kommende Jahr 3 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Aber auch die Aufgaben, die im Bereich des Jagd- und Fischereiwesens auf uns zukommen, sollen eine entsprechende Beteiligung erfahren. Wir wollen insbesondere auch Finanzmittel für die nach dem Landesjagdgesetz zu erstellenden Verbissgutachten in entsprechenden Landesteilen in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stellen.

Es handelt sich um einen Haushalt, der wirklich nach vorne gerichtet ist. Insofern bitten wir um Ihre Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Ministerin. – Auch wenn alle Fraktionen noch Redezeit zur Verfügung haben, mache ich der guten Ordnung halber darauf aufmerksam, dass die Landesregierung ihre Redezeit um eine Minute überzogen hat. Ich sehe aber nicht, dass die Fraktionen noch mal das Wort wünschen. Somit sind wir am Schluss der Aussprache zu Teil a) Landwirtschaft.

Wir folgen mit:

b) Verbraucherschutz

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion der Kollegin Blask das Wort.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Inge Blask (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stellen fest: Die Landesregierung hat den Ansatz für die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen für das 2023 um über 7 Millionen Euro auf insgesamt 29,2 Millionen Euro erhöht. Diese Mittelaufstockung ist im Angesicht der Energiekrise und der massiven Inflation ein richtiges und wichtiges Zeichen, das wir als SPD-Fraktion sehr begrüßen. Die Verbraucherzentrale sieht einen riesigen Beratungsbedarf gerade im Bereich der Energie- und Schuldenberatung auf sich zukommen und kann vor diesem Hintergrund jeden Euro gebrauchen.

Aber mit Geld ist es nicht getan. Wir werden als SPD-Fraktion nicht müde, zu betonen, dass es auch und gerade struktureller Veränderungen bedarf, um diesem weiter gestiegenen Beratungsbedarf begegnen zu können. Auch die regierungstragenden Fraktionen wissen das. Schließlich haben sie in ihren Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen folgende Sätze hineingeschrieben – mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich –:

„Das Angebot der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung werden wir ausbauen und den Kreis der Zugangsberechtigten erweitern. Zusätzlich werden wir die Zusammenlegung der Schuldner- und der Insolvenzberatung zeitnah organisieren.“

Erst mal sind wir froh und glücklich, dass diese Erkenntnis, für die wir als SPD-Fraktion jahrelang gekämpft haben, Eingang in den Koalitionsvertrag der NRW-Regierung gefunden hat. Allerdings verbirgt sich dort ein kleines, aber sehr wichtiges Stichwort, nämlich „zeitnah“. Zeitnah muss es sein; denn die Zeit drängt. Wir alle wissen, wie stark die Verbraucherinnen und Verbraucher bereits durch die Coronapandemie belastet wurden und wie fatal sich jetzt die Energiekrise gerade auf die Haushalte mit niedrigerem Einkommen niederschlägt.

Leider macht die Landesregierung keinerlei Anstalten, ihr Versprechen einer zeitnahen Umsetzung wahrzumachen. Im Ausschuss haben wir das bereits angemahnt, wonach wir uns anhören mussten, wir würden das Verfahren von Beteiligung und Mitsprache nicht respektieren. Lieber Kollege aus dem Ausschuss und liebe Mitglieder der Landesregierung, es gibt überhaupt keinen Bedarf für ein langes Beteiligungsverfahren. Die Fakten liegen schon seit Jahren auf dem Tisch. Es gibt ein Modell, an dem man sich für die Zusammenlegung bestens orientieren kann.

Alle Fachverbände, Experten und Praktiker werden uns zustimmen, wenn wir an Sie appellieren: Sparen Sie sich das lange Vorgeplänkel, kostspielige runde Tische und Konferenzen. Machen Sie ein Gesetz, und setzen Sie es um. So einfach kann es manchmal sein. Man muss es nur wollen.

(Beifall von der SPD)

Ich erinnere mich auch sehr gut daran, dass dieser Antrag bereits unter Schwarz-Gelb gelaufen ist. Aber ich glaube, da hat man sozusagen auf die Diskontinuität gehofft. Nach einem Jahr – das war im April 2021 – wurde das bereits verabschiedet.

Aber bleiben wir beim Machen. Ein zumindest kurzfristig wirksames Mittel gegen die allerschlimmsten Folgen von Energiearmut sind Moratorien für Energiesperren. Die Bundesregierung unter Olaf Scholz hat sich aufgemacht, das auf der Bundesebene umzusetzen.

Wir fordern die Landesregierung auf, auch hier in Nordrhein-Westfalen ein Moratorium und einen Härtefallfonds für die ärmsten Verbraucherinnen und Verbraucher auf die Beine zu stellen. Niemand sollte in diesem Winter in einer kalten Wohnung sitzen und frieren müssen. Da sollten wir uns doch alle einig sein. Dabei würden wir als SPD-Fraktion die Landesregierung selbstverständlich unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Blask. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt die Kollegin Frau Dr. Peill.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dr. Patricia Peill^{*)} (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu der weit fortgeschrittenen Stunde um 23:42 Uhr macht die Zukunftskoalition für NRW deutlich: Wir arbeiten wirklich rund um die Uhr für den Verbraucherschutz.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

In unserem Zukunftsvertrag haben wir uns das Ziel gesetzt, NRW zum Verbraucherschutzland Nummer eins zu machen. Mit der Verstärkung und der Flexibilisierung der Mittel für die 63 Verbraucherzentralen in NRW ist es jetzt so, dass die institutionelle Förderung eine sehr solide Basis bekommen hat. Uns ist nämlich wichtig, dass der Verbraucherschutz in den kommenden Jahren eine noch viel größere Rolle bekommen wird. Aber momentan muss man das machen, was gerade anliegt.

Der Haushalt 2023 baut auf den Erkenntnissen und den aktuellen Anforderungen der Beratungsstellen auf und gibt ihnen daher mehr Flexibilität. Dem entspricht der bedeutende Umfang der Förderung der

Verbraucherzentralen in Höhe von fast 30 Millionen Euro.

Erstens. Wir werden die institutionellen Mittel für die Verbraucherzentralen, wie Sie gerade sagten, um 7,6 Millionen Euro erhöhen. Davon sind 600.000 Euro Mittel, mit denen die anstehenden Tarifsteigerungen übernommen werden und zusätzlich Beratungskapazitäten geschaffen werden sollen. Diese werden, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, in zusätzliche mobile sowie digitale Beratungsangebote gehen, mit denen wir möglichst flächendeckend auch im ländlichen Raum Beratungen für mehr Bürgerinnen und Bürger sicherstellen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Zweitens. In Zeiten der aktuellen Krise ist die Stärkung von Verbraucherberatung und -bildung eine zentrale Aufgabe des Verbraucherschutzes. Angesichts der Energiekrise und der angespannten Gasversorgung passt die Verbraucherzentrale ihre Beratungsangebote an die aktuellen Energiethemen fachgerecht an. Um das gesteigerte Interesse der Bevölkerung – es sind fast 15 % seit Oktober – an sinnvollen Energiesparmaßnahmen, an Maßnahmen zur Vermeidung von Energieschulden, am Zugang zu erneuerbaren Energien und an ganz konkreten Hilfsangeboten auch bedienen zu können, haben wir als Land sofort reagiert.

Wir stellen für diesen Mehrbedarf den Verbraucherzentralen zusätzlich 7 Millionen Euro als Teil der institutionellen Förderung und damit flexibel einsetzbar zur Verfügung. Damit sind es im Ganzen fast 30 Millionen Euro, ein Umfang, der die Bedeutung der Verbraucherzentralen widerspiegelt.

Daneben unterstützen wir als Land natürlich weitere Projekte rund um das Thema „Gesunde Ernährung“, auf die ich an dieser Stelle nur kurz eingehen möchte, weil mein Kollege Norbert Rütze das länger tun wird. So führen wir die Kofinanzierung des EU-Schulprogramms NRW fort, mit dem wir Schülerinnen und Schüler regelmäßig und kostenlos mit gesundem Obst und Gemüse versorgen. Hier sind 3,2 Millionen Euro vorgesehen.

Auch die Landfrauen, die mir persönlich sehr am Herzen liegen, leisten in diesem Zusammenhang einen sehr wichtigen Beitrag dafür. Im Rahmen der „Kinder-lernen-kochen“-Tour transportieren sie wichtiges Grundwissen rund um das Thema „Gesundes Schulfrühstück“ an die teilnehmenden Schulen. Insgesamt stellen wir hier 370.000 Euro zur Verfügung.

An dieser Stelle würde ich gern noch mehr Schulen dazu ermutigen, an diesem köstlichen Programm teilzunehmen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Zudem sind Aktivitäten im Bereich Schulen und Kindergärten, Gärten und Hochbeeten sowie weitere Ernährungsbildungsangebote wie zum Beispiel mit Schwerpunkten von nachhaltiger Ernährung und Wertschätzung von Lebensmitteln als Begleitmaßnahmen des EU-Schulprogramms möglich. All das ist sehr gut investiertes Geld.

Meine Damen und Herren, das war natürlich nur ein Auszug – vielleicht auch bedingt durch die späte Tageszeit – aus den vielen Punkte, die wir zusammen mit der Landesregierung beim Thema „Verbraucherschutz“ und einem Haushalt von fast 50 Millionen Euro bewegen. Ebenso ist das Beispiel der Energieberatung nur eines von vielen Beratungsfeldern der Verbraucherzentrale.

Aber eines ist allen gemeinsam: Wichtig ist, dass wir zugehört haben, was die Verbraucherzentralen wollten, und sie brauchten Planungssicherheit bis 2025, sodass sie auch bei Veränderungen von Beratungsschwerpunkten immer reagieren können. Das haben wir mit diesem Haushalt gewährleistet. Wir freuen uns über die jährliche Steigerung, die den Verbraucherzentralen nun zur Verfügung steht, sodass sie ihre hochprofessionelle Arbeit und nah am Menschen zu sein weiterhin so gut leisten können. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Dr. Peill. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Kollege Brockes.

Dietmar Brockes¹⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Mittel für die Verbraucherzentralen und damit für den Verbraucherschutz erhöhen sich. Das ist richtig und wichtig. Die Beratungsstellen der Verbraucherzentrale NRW leisten für unsere Verbraucherinnen und Verbraucher einen wichtigen Beitrag.

Wir als Freie Demokraten wollen mündige Verbraucherinnen und Verbraucher, die ihre Entscheidungen frei und unabhängig treffen können. Die Rahmenbedingungen müssen so gesetzt werden, dass Verbraucherinnen und Verbraucher vor Zwängen, Missbrauch und Ausbeutung geschützt werden.

Meine Damen und Herren, es ist erfreulich, dass der von uns in der vergangenen Legislaturperiode geförderte Fakeshop-Finder eine Folgefinanzierung erhält. So können Verbraucherinnen und Verbraucher auch in Zukunft sicherer im Internet einkaufen. Dass die Mittel für die Energieberatung erhöht wurden, ist in der aktuellen Zeit ein gutes Signal an die Bürgerinnen und Bürger.

Die digitale Verbraucherberatung muss weiter ausgebaut werden, damit das Angebot der Verbraucherzentralen umfänglicher, schneller und kostengünstig

zugänglich gemacht werden kann. Alles was offline angeboten wird, sollte auch online verfügbar sein, entweder als Beratungstermin oder als Informationsangebot on demand, je nachdem wie die Verbraucherinnen und Verbraucher es wünschen.

Ich komme jetzt noch zum ländlichen Raum, den ich bisher noch nicht angesprochen habe. Ministerpräsident Wüst hat in seiner Regierungserklärung noch auf die Wichtigkeit des ländlichen Raums in Nordrhein-Westfalen hingewiesen. Gebracht hat es dem ländlichen Raum bisher wenig. Im Gegenteil: Die Mittel für den ländlichen Raum wurden massiv gekürzt. Das Sonderprogramm für Feuerwehrgerätehäuser wird nicht mehr fortgesetzt. Mit Hilfe des Sonderauftrags „Feuerwehrrhäuser in Dörfern 2022“ konnten bisher Feuerwehrrhäuser in Nordrhein-Westfalen erweitert, umgebaut und völlig neu errichtet werden. Außerdem konnten Maßnahmen finanziert werden, die die Sicherheit der Kameradschaften erhöht hat.

Meine Damen und Herren, liebe Mitglieder der Koalitionsfraktionen, Ihre Landesregierung streicht nun diesen Sonderauftrag. Erst im vergangenen Jahr mussten wir aber doch schmerzlich erfahren, wie wichtig gerade auch dezentraler Katastrophenschutz ist. Gerade in Zeiten, wo Katastrophenschutz immer wichtiger wird, sind wir auf gut ausgerüstete Feuerwehren angewiesen.

Die Förderung ist auch ein Zeichen des Respekts für die vielen ehrenamtlichen, aber auch hauptamtlichen Feuerwehrleute. Sie sorgen mit ihrem großen Engagement tagtäglich für unsere Sicherheit. Deshalb muss diese Förderung auch fortgesetzt werden.

Da muss ich wirklich sagen: Es gehört sich nicht, wenn am vergangenen Montag noch das Ehrenamt von vielen von uns gewürdigt wird und dann mittwochs die Mittel für das Ehrenamt gestrichen werden. Deshalb lehnen wir diesen Haushalt auch ab.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Kollege Rüste.

Norwich Rüste (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe vor 30 Jahren im Lehramtsstudium ein Praktikum an einer Schule in Berlin-Neukölln gemacht, einer nicht ganz einfachen Gegend. An dieser Schule habe ich ein längeres Gespräch mit dem Schulleiter geführt über die Besonderheiten der Schule, über die Schüler. Was mir da für immer in Erinnerung geblieben ist, war der Satz: Herr Rüste, Sie müssen wissen, von den Kindern, die hier zur Schule gehen, kommt ein Drittel morgens ohne Frühstück in die Schule, und sie haben auch nichts dabei.

Damals habe ich gedacht – ich kam vom Land –: Das gibt es doch gar nicht. – Ich konnte mir nicht vorstellen, dass es das gibt. Mittlerweile weiß ich aber, dass es in Nordrhein-Westfalen genauso der Fall ist, dass es das bei uns genauso gibt. Allein deshalb ist die Frage von Ernährung in der Schule und auch in Kitas eine wichtige Frage, der wir als Landespolitik uns in den nächsten Jahren unbedingt intensiv widmen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Das Problem ist nicht nur, dass es sich mit leerem Magen schlecht lernt, das Problem ist auch, dass das, was dann häufig gegessen wird, auch noch das völlig Falsche ist. Eine Ernährung, die auf Pommes und Cola, auf Döner und Pizza in Übermaßen fußt – jeder von uns isst das gerne mal – führt zu einem massiven Problem. Wir wissen auch aus verschiedensten Studien, dass unsere Kinder zunehmend übergewichtig sind, ein gewisser Anteil auch adipös ist und dass sie ihr Leben lang ein Riesensproblem damit haben werden, dass sie nie bzw. sehr selten wieder zu einem normalen Körpergewicht zurückfinden, dass sie Folgeerkrankungen haben und dass deshalb jeder Euro, den wir rechtzeitig in eine gute Ernährung unserer Kinder und Jugendlichen investieren, ein Euro ist, der in Form von gesparten Gesundheitskosten in den Folgejahren zurückkommt.

(Beifall von den GRÜNEN und Dr. Patricia Peill [CDU])

Weil das so ist und weil wir immer mehr in den Ganztags hineingehen – Sie wissen, dass es den Anspruch auf Ganztagsbetreuung gibt; eine riesige Aufgabe, die wir in den nächsten Jahre umzusetzen haben –, haben wir eine Riesenchance, in der Ernährung auch viel zu bewegen. Wir können die öffentlichen Einrichtungen nutzen, um eine gesunde Ernährung unserer Kinder und Jugendlichen sicherzustellen, und gleichzeitig können wir es auch nutzen, um unseren Bäuerinnen und Bauern ein Angebot zu machen, diese Einrichtungen mit ihren Lebensmitteln zu beliefern.

Wir haben im Moment in der Landwirtschaft ein Hoch bei den Preisen. Man könnte deshalb sagen, es sei ja alles in Ordnung, aber die letzten Jahre waren dramatisch. Das Vertrauen der Landwirtschaft in die Zukunft ist so gering, dass ich davon überzeugt bin, dass wir an dieser Stelle in unserem Koalitionsvertrag mit dem Kantinenprogramm ein gutes Angebot gemacht haben. Wir als öffentliche Hand wollen ein verlässlicher Partner sein, um einerseits eine gute Ernährung für die Kinder und Jugendlichen abzusichern und andererseits einer realen, umweltnahen und umweltschonenden Landwirtschaft eine Riesenchance zu ermöglichen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Das heißt für uns, mehr regionale, mehr gesunde und mehr ökologische Lebensmittel in die Kantinen

zu bringen. Das wollen wir in den nächsten Jahren vorantreiben. Wir werden im nächsten Jahr auch den Auftakt dazu machen und werden in die Ernährungsstrategie einsteigen.

Das ist aus meiner Sicht im Verbraucherschutz die zentrale Herausforderung. Wir wissen das alle, tun aber viel zu wenig. Das ist nicht alles – und das haben auch meine Vorrednerinnen und Vorredner bereits gesagt –: Natürlich ist aus meiner Sicht ein zentraler Punkt, der Dreh- und Angelpunkt nordrhein-westfälischer Verbraucherschutzpolitik, die Arbeit der Verbraucherzentrale.

An dieser Stelle will ich mich ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verbraucherzentrale für ihre engagierte Arbeit in Beratungseinrichtungen, im Internet, überall, wo sie aktiv sind und den Menschen in unserem Bundesland helfen, dass sie keine falschen Verträge eingehen und dass sie jetzt die Energieberatung wahrnehmen, bedanken. Das sind gute und wichtige Schritte.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir sind in diesem Jahr mit diesem Haushalt in einer auch wirklich schwierigen Situation. Die Energieberatung ist von anderen auch schon lobend erwähnt worden. Dass wir die jetzt so absichern, wie wir es gemacht haben, dieser Sprung, den es jetzt in der institutionellen Förderung gibt, ist schon einmalig. Das ist ein herausragender Sprung, ich finde das hervorragend, dass wir das so machen. Ich bedanke mich ausdrücklich bei dem Ministerium, dass das so abgesichert wird.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir werden in den nächsten Jahren noch einiges machen müssen. Das betrifft die Energieberatung, die Schuldnerberatung; das ist angesprochen worden.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Die Redezeit.

Norwich Rüße (GRÜNE): Aber man kann nicht alles auf einmal machen. Wir haben noch ein paar Jahre vor uns, und ich glaube, dass wir den Verbraucherschutz in NRW weit nach vorne bringen werden und NRW am Ende dieser Legislatur ...

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Kollege!

Norwich Rüße (GRÜNE): ... tatsächlich das Verbraucherschutzland Nummer eins sein wird. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Rüße. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Schalley.

Zacharias Schalley (AfD): Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Im modernen Phänomen des Woke Capital wird das Volk wird der Bürger zum Konsumenten degradiert, zum Konsumenten, der natürlich staatlicher- aber auch wirtschaftlicherseits engmaschig betreut werden muss; denn nachdem bürgerliche Freiheiten ausgehöhlt und die Meinungsfreiheit in einen engen Korridor gezwängt wurde, ist die Freiheit zu konsumieren, eine der wenigen, die geblieben ist.

Doch Freiheit ist dem Establishment ein Dorn im Auge. Deshalb muss der zum Konsumenten degradierte Bürger auch hier intensiv betreut werden, ob durch Sondersteuern, staatliche Kampagnen oder subtilere Methoden wie Nudging. Es beginnt schon bei Gütern, die in der Bedürfnispyramide ganz unten angesiedelt sind, der Nahrung.

Entgegen jeder Konsumstatistik werden Biolebensmittel systematisch bei der Subventionierung über das Maß gefördert. Ja, noch viel mehr: Wenn sich die Landwirtschaft in einer Krise befindet und der Staat zur Rettung eilt, dann werden diese Hilfen nur an Betriebe ausgeschüttet, die sich einer umwelt- und klimafreundlichen Bewirtschaftung verpflichtet haben, wie das jüngste Beispiel der Soforthilfen für Bauern auf Bundesebene gezeigt hat. Der staatliche Umbau der Lebensmittelversorgung soll das leisten, was die Umerziehung nicht schafft. Am Ende heißt es dann: Eat the bugs: Käferessen fürs Klima.

Tatsächlich wollen die Verbraucher weder den Zwang zu Bio noch zu Käfern oder In-vitro-Fleisch – oder welche neue Variante von Soylent Green Sie ihnen auftischen wollen. Viele Umfragen bestätigen, was tatsächlich gewollt wird: vor allem Lebensmittel aus regionalem Anbau und regionaler Verarbeitung. Kunden achten bei der Auswahl von Lebensmitteln auf deren Heimatbezug. Sie bewerten Regio-Produkte als besonders frisch, nährstoffreich und schmackhaft.

Wir sind davon überzeugt, dass sich die langfristigen Ernährungstrends auch in der Förderlandschaft wiederfinden müssen.

(Das Licht im Plenarsaal geht aus, es bleibt eine Notbeleuchtung. Zurufe: Oh! – Zuruf: Wir müssen sparen! – Weiter Zurufe)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Wir halten die Zeit an und warten ... Jetzt können Sie auch weiter... Ja!

(Das Licht geht wieder an. – Matthias Kerkhoff [CDU]: Das war ein Symbol!)

Zacharias Schalley (AfD): Ein Symbol für Ihre Energiepolitik.

Was den Wert einer Ware ausmacht, hat in einer freien Marktwirtschaft nicht die Politik zu entscheiden. Vor allem in Zeiten von Inflation und politisch bedingten Ernte- oder Stromausfällen ist das Gewährleisten der Lebensmittelversorgung eine Kernaufgabe des Staates.

In der Krise stellt man fest, was wirklich wichtig ist. Das sind die Güter, die in der Bedürfnispyramide unten stehen: Nahrung, Wohnung, Wärme.

Die Lebensmittelpreise steigen, weil die Erzeugerpreise steigen, weil die Energiekosten steigen. Die Wohnkosten steigen, weil Sie Bauen immer teurer machen und die Nachfrage durch Massenmigration das Angebot weit übersteigt. Die Heizkosten steigen wegen Ihrer realitätsfernen Energiewende und selbstzerstörerischen Sanktionen.

Die essenziellen Güter – Nahrung, Wohnung, Wärme – sind durch politische Fehlentscheidungen verknappt und zum Luxusgut geworden. Da nützt es auch nichts, mit der Gießkanne wieder Geld für Schuldner- oder Energieberatung in die Verbraucherzentralen zu schütten. Beseitigen Sie die Ursachen für die Teuerungen und die Knappheit. Dann können Sie sich die Symptombekämpfung sparen.

Und nehmen Sie das Schlagwort vom mündigen Verbraucher endlich ernst. Oder ist Ihre eigentliche Agenda: „Du wirst nichts besitzen, und du wirst glücklich sein“? – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Landesregierung hat jetzt Ministerin Scharrenbach in Vertretung für Ministerin Gorißen das Wort.

Bevor ich Ihnen, Frau Ministerin, das Wort erteile: Wir haben jetzt um Punkt 0:00 Uhr ein Geburtstagskind. Der Abgeordnete Herr Höner hat Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

– Was für eine Party hier! – Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ihnen, lieber Herr Höner, meine allerherzlichsten Glückwünsche! Gottes Segen zum neuen Lebensjahr! Wir freuen uns, dass Sie die Zeit am heutigen Morgen mit uns verbringen.

(Heiterkeit)

Ich darf in Vertretung für Kollegin Gorißen, die krankheitsbedingt abwesend ist und die ich entschuldigen darf, hier zum vorliegenden Haushalt ausführen.

Insbesondere im Jahr 2022 hat sich gezeigt, wie wichtig der Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen ist, um Krisen gemeinsam durchzustehen und sich unerwarteten Herausforderungen zu stellen. Die hohen Lebenshaltungskosten und die steigende Inflation verlangen unseren Verbraucherinnen und Verbrauchern einiges ab.

Die Erkenntnisse aus der Verbraucherarbeit vor Ort zeigen, dass neben den einkommensarmen Privathaushalten zunehmend auch Menschen aus dem Mittelstand mit Preisanstiegen zu kämpfen haben. Das sorgt bei vielen Bürgerinnen und Bürgern für ein verändertes Kaufverhalten. Gleichzeitig wächst die Unsicherheit darüber, ob das Geld noch ausreicht und was zu tun ist, wenn einem die Schulden über den Kopf wachsen.

Mit der Förderung der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen bilden die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen die Grundlage für eine kontinuierliche Verbraucherarbeit.

Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen ist mit ihren insgesamt 63 Beratungsstellen und mit ihrem vielfältigen Beratungsangebot eine wichtige Anlaufstelle für die in unserem Bundesland lebenden Menschen. Im kommenden Jahr soll daher die institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale um weitere 600.000 Euro erhöht werden.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Mit dieser Erhöhung soll die Verbraucherzentrale in die Lage versetzt werden, die anstehenden Tarifsteigerungen zu übernehmen und das örtliche Beratungsstellennetz auszuweiten.

Vor allen Dingen aber wird die Arbeit der Verbraucherzentrale rund um das Thema „Energie“ gestärkt. Wir als für den Bau zuständiges Ministerium haben zum Beispiel eine Kooperation mit der Verbraucherzentrale – Stichwort „Stopp den Heizkosten-Hammer“ –, bei der wir mit verschiedenen Verbänden und Organisationen dafür Sorge tragen, dass wir die Menschen in dieser aktuell herausfordernden Situation für das Thema „Energiesparen“ sensibilisieren.

Für die Fortsetzung und Aufstockung von Maßnahmen sollen in der institutionellen Förderung in 2023 und 2024 jeweils zusätzlich 7 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Diese Mittel sollen insbesondere dazu dienen, die zielgruppenspezifischen Angebote der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen zur Energiethematik fortzuführen und mittels passgenauer Kommunikationskanäle noch besser an die aktuellen Bedürfnisse der Verbraucherinnen und Verbraucher anzupassen. Dabei spielen sowohl die

Weiterentwicklung digitaler Kommunikationsformate und die gezieltere Verbraucheransprache als auch die Stärkung von lokalen Angeboten zur Bewältigung von Energiearmut eine wichtige Rolle.

Die Oppositionsfraktionen von SPD und FDP haben deutlich gemacht, dass die Verstärkung der Ansatz-titel durchaus positiv aufgenommen wird. Insofern setzen wir als Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf eine breite Zustimmung zu diesem Teil des Landeshaushaltsentwurfs für 2023. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zum Schluss der Aussprache zu Teil b), Verbraucherschutz, und gehen somit zur Abstimmung über.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/1915, den Einzelplan 15 unverändert anzunehmen. Wir stimmen aber zunächst noch über die zwei vorliegenden Änderungsanträge ab.

Zunächst stimmen wir über den **Änderungsantrag** der FDP **Drucksache 18/2072** ab. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen und der AfD. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Somit wurde der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen jetzt über den **Änderungsantrag** der FDP **Drucksache 18/2073** ab. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FDP und der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU und von Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. Somit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Nun stimmen wir über den Einzelplan 15 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung ab. Wer stimmt dem Einzelplan zu? – Das sind die Fraktionen der CDU und von Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FDP und der AfD. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. Somit wurde der **Einzelplan 15 angenommen**.

Wir kommen nun zu:

Einzelplan 01 Landtag

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/1901 sowie die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hin.

Eine Aussprache ist hier nicht vorgesehen, sodass wir unmittelbar zur Abstimmung über den Einzelplan 01 – Landtag – kommen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/1901, den Einzelplan 01 unverändert anzunehmen.

Zunächst stimmen wir aber über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 18/1983 ab. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/1983 abgelehnt**.

Wir stimmen nun über den Einzelplan 01 ab, und zwar über den Einzelplan selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan zu? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Fraktion der AfD. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. Somit wurde der **Einzelplan 01 angenommen**.

Nun kommen wir zu:

Einzelplan 13 Landesrechnungshof

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/1913 hin.

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen, sodass wir zur Abstimmung über den Einzelplan 13 – Landesrechnungshof – kommen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der Drucksache 18/1913, den Einzelplan 13 unverändert anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 13 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Ich frage: Wer stimmt dem Einzelplan zu? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Ich sehe auch keine Enthaltungen. Damit ist der **Einzelplan 13 in der zweiten Lesung angenommen**.

Wir kommen nun zu:

Einzelplan 16 Verfassungsgerichtshof

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/1916 hin.

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen, sodass wir direkt zur Abstimmung über den Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof – kommen. Der Haus-